

In eigener Sache:

Der AZADI *infodienst* erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den *infodienst* kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V. Der Verein ist als gemeinnützig und mildtätig anerkannt, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden. AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden. Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied, spenden Sie.

Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.
Graf-Adolf-Str. 70A
40210 Düsseldorf
Tel. 0211/8302908
Fax 0211/1711453
E-Mail azadi@t-online.de
Internet www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres
Spendenkonto: GLS Gemeinschaftsbank eG mit Ökobank
BLZ 430 609 67
Kto-Nr. 8 035 782 600

Aus dem Inhalt:

- 1 Zur Situation Türkei/ Kurdistan
- 5 Verbotspraxis
- 6 Repression
- 8 Gerichtsurteile
- 9 Asyl- & Migrationspolitik
- 10 Zur Sache: Türkei
- 13 Internationalismus
- 14 Neu erschienen
- 14 Unterstützungsfälle

Mit Staatsterror sind die Probleme nicht lösbar

Zu den Hintergründen der Angriffe der türkischen Armee auf Südkurdistan/Nordirak, den Versuchen, die kurdische Bewegung zu eliminieren und die kurdische Bevölkerung in der Türkei durch eine staatlich tolerierte nationalistische und rassistische Hetze in die Enge zu treiben, erklärte das Präsidium des Exekutivrates der Vereinigten Gemeinschaften Kurdistans (KCK) am 22. Oktober 2007:

Die Existenz der kurdischen Frage im Mittleren Osten ist ein Fakt. Ebenso bekannt ist, dass heutzutage in der Türkei, im Iran und in Syrien verschiedene gesellschaftliche Probleme aus der kurdischen Frage resultieren. Und diese wollen wir nicht mit Gewalt lösen, sondern - ohne die bestehenden Grenzen anzu-rühren - über einen Dialog und mit friedlichen Methoden.

Wir wollen Rechte, wie sie jedem Volk zustehen: Freiheit der politischen Betätigung und Rechte in Bezug auf Identität und Kultur. Das sind in der universellen Menschenrechtsdeklaration verankerte und allgemein akzeptierte Grundrechte. Eine Lösung für die kurdische Frage ist möglich, wenn die betreffenden Staaten auf diese humanen Forderungen der Kurdinnen und Kurden eingehen. Eine auf dieser Grundlage entstehende Lösung würde auch eine bedeutende Funktion bei der Demokratisierung und Stabilisierung der gesamten Region haben.

Unser Vorsitzender Abdullah Öcalan legte etliche Male Projekte für eine friedlich-demokratische Lösung der kurdischen Frage in der Türkei vor und rief mehrmals zu Waffenstillständen auf. Zuletzt hat die kurdische Bewegung am 1. Oktober 2006 nach Aufrufen aus dem In- und Ausland einen einseitigen und zeitlich unbegrenzten Waffenstillstand erklärt und damit eine Voraussetzung für eine demokratische Lösung schaffen wollen. Doch hat die türkische Regierung diese Möglichkeit nicht genutzt. Statt dessen steigerte die Armee ihre operativen Angriffe, um eine konfliktarme Atmosphäre unmöglich zu machen.

Sie führte in der jüngsten Zeit gemeinsam mit dem Iran 485 militärische Operationen mit der Absicht der Vernichtung gegen die Kurden durch - mit hohen Verlusten sowohl bei der Armee als auch bei der Guerilla. Der Befehlshaber der Landstreitkräfte, Ilker Basbug, erklärte auf einer Pressekonferenz am 5. Oktober 2007 in Diyarbakir, man habe mit ganzjährigen Operationen die PKK in Bedrängnis gebracht. Dieser Druck werde auch den Herbst und Winter über anhalten, solange die PKK bewaffnete Kräfte habe. Wie auch dieser Erklärung zu entnehmen ist, haben die türkischen Staatsvertreter unseren einseitigen Waffenstillstand nicht anerkannt und mit aller Kraft versucht, ihn ins Leere laufen zu lassen. Die anhaltenden Gefechte sind das Resultat dieser Verleugnungsmentalität und -politik.



Offiziell haben wir den Waffenstillstand nicht beendet, allerdings ließen die einseitigen Angriffe des türkischen Staates nicht die Spur einer Chance für eine Waffenstillstandsatmosphäre. Anstatt auf unsere Bemühungen, das Problem mit friedlichen Methoden zu lösen, einzugehen, beharrte der türkische Staat darauf, jegliche Dynamik der kurdischen Befreiungsbewegung mit Gewalt auszuschalten. Auf der einen Seite wurden Gegenden wie Sirnak, Siirt und Hakkari zu Militärgebieten erklärt und die Operationen intensiviert, auf der anderen Seite wurden Zivilisten ermordet und legale demokratische Einrichtungen des kurdischen Volkes mit Repression, Verhaftungen und Erpressung zu beseitigen versucht. Gleichzeitig wurde die Isolation Abdullah Öcalans auf der Gefängnisinsel Imrali verstärkt. Er erfährt eine unmenschliche Behandlung und erhält trotz Vergiftungsversuche und äußerst ernster gesundheitlicher Probleme keine ärztliche Versorgung. Auf die Forderungen des kurdischen Volkes, diese Verhältnisse zu ändern, wurde nicht eingegangen und jede Methode angewandt, um seinen Willen zu brechen.

Zu den Wahlen im Juli 2007 wurden Sondergesetze erlassen und alles Mögliche getan, um einen Einzug kurdischer Repräsentanten ins Parlament zu verhindern. Dass dies dennoch gelang, stellt eine beachtliche Gelegenheit für einen Dialog und eine demokratische Lösung dar. Anstatt die Möglichkeit positiv zu nutzen, üben die AKP-Regierung und der türkische Staat Druck auf diese Abgeordneten aus und versuchen, sie zur Kapitulation zu zwingen. Trotz parlamentarischer Immunität werden wieder – wie in den 1990-er Jahren - Gerichtsverfahren gegen kurdische Abgeordnete eingeleitet oder fortgesetzt. Die Repression und Bedrohung hat an Intensität gewonnen. In gleicher Weise werden die kurdischen Bürgermeister unter Druck gesetzt, aus dem Amt entfernt oder verhaftet. Auf unseren Waffenstillstand hat der türkische Staat mit totalen Angriffen reagiert und auf die vollständige Zerschlagung der kurdischen Befreiungsbewegung gesetzt. Die Guerilla hingegen befindet sich in der Verteidigungsposition. Die dabei ausgebrochenen Gefechte und entstandenen Verluste werden zum Anlass genommen, Rassismus und Militarismus in der türkischen Gesellschaft

anzuheizen. Mit der gleichen Begründung wurde im Parlament ein Angriff auf Irak-Kurdistan genehmigt.

Bezweckt wird damit die Auslöschung unserer Bewegung und der kurdischen föderalen Strukturen in Irak-Kurdistan. Außerdem sollen die Kurden gegeneinander gehetzt werden, um die Region zu destabilisieren. Dabei könnten bei der Vorbereitung einer friedlichen Lösung und eines Dialogs sowohl die offizielle föderale Regierung Irak-Kurdistans als auch die kurdischen Abgeordneten im Parlament der Türkei eine Rolle spielen. Aber beide werden isoliert und zum Angriffsziel erklärt.

Daraus wird ersichtlich, dass der türkische Staat weder im Norden noch im Süden Kurdistans eine Willensbildung des kurdischen Volkes akzeptiert und deshalb seine Angriffe steigert. Weiter zielt der türkische Parlamentsbeschluss auf eine Vergeltung für die Gesetzesvorlage im US-Kongress zum Armeniergenozid und auf eine Destabilisierung Irak-Kurdistans und des Irak ab. Hauptsächlich soll das anti-kurdische bzw. Anti-PKK-Bündnis zwischen Türkei, Iran und Syrien den Status quo in der Region stärken und die USA unter Druck setzen. Der türkische Staat als Aggressor versucht der Weltöffentlichkeit weiszumachen, er werde angegriffen und lässt über die Medien tagelang entsprechende Propaganda verbreiten. Nicht der türkische Staat ist das Opfer, sondern er ist der Kriegstreiber. Die kurdischen Freiheitskräfte haben sich an ihren Waffenstillstand gehalten, wurden aber aufgrund der Angriffe zur Verteidigung gezwungen.

Wir erklären, dass statt der entstandenen Spannungen eine gefechtsfreie Atmosphäre entstehen wird, wenn der türkische Staat seine Angriffe einstellt. Unsere Bewegung und unser Volk verfügen über die notwendige Stärke und Organisiertheit, um sich unter allen Bedingungen zu verteidigen. Wir erklären erneut, dass wir bereit sind, über ein von der Türkei zu präsentierendes politisches Lösungsprojekt zu sprechen und die Verantwortung für das zu übernehmen, was uns bei der Entwicklung einer friedlichen Atmosphäre zufällt. Angesichts der momentanen Operationen, die gewaltsam den Freiheitswillen des kurdischen Volkes brechen und die demokratischen Errungenschaften zerstören sollen,

wird unser Volk sich im Norden und im Süden selbst verteidigen. Wenn es um den Widerstand gegen die Vernichtungsoperationen des türkischen Staates geht, wird es kein Zögern geben.

Wir rufen den türkischen Staat dazu auf, von dem gefährlichen Abenteuer, das er mit dem Parlamentsbeschluss und mit der Kriegserklärung an das kurdische Volk eingeleitet hat, Abstand zu nehmen. In dem Bewusstsein, dass es zum Nachteil der Region, des türkischen und kurdischen Volkes sein wird, rufen wir ihn dazu auf, die Schritte unserer Bewegung, das Problem mit friedlichen demokratischen Methoden zu lösen, positiv zu beantworten.

Die Mobilmachung des türkischen Staates gegen das kurdische Volk im Süden und im Norden wird die tausendjährige kurdisch-türkische Freundschaft beenden und verheerende Folgen haben. Wir appellieren an alle demokratischen Kräfte der Türkei, die für Frieden und Geschwisterlichkeit sind, gegen diese Intervention des türkischen Staates einzutreten. Wir laden sie dazu ein, sich für das Lösungsprojekt unseres Vorsitzenden für einen dauerhaften Frieden und für die Stabilität in der Region einzusetzen.

Alle internationalen Kräfte, allen voran USA und EU, rufen wir dazu auf, sich um eine friedlich-demokratische anstelle einer militärischen Lösung zu bemühen, sich gegen die ungerechten Angriffe und den Staatsterror der Türkei gegen das kurdische Volk zu stellen und sich für die Entwicklung einer friedlichen Phase zu engagieren.

Wir möchten noch einmal unterstreichen, dass das kurdische Volk alle Bestrebungen, die kurdische Frage gemäß universeller Rechtsnormen zu lösen, entsprechend beantworten und die ihm zufallende Verantwortung bei der Demokratisierung der Region und bei der Entwicklung von Frieden und Stabilität nachkommen wird.



Demonstration gegen die Invasion in den Irak Deeskalation und politischer Dialog gerade jetzt

Gegen die bedrohlichen Entwicklungen im türkisch-nordirakischen Grenzgebiet und innerhalb der Türkei, fanden und finden bundesweit zahlreiche Kundgebungen, Demonstrationen und Protestaktionen statt. So am 27. Oktober in Berlin. Mehr als 1000 Kurdinnen und Kurden zogen unter dem Motto „Stoppt die türkische Invasion in den Irak“ über den Kurfürstendamm zum türkischen Generalkonsulat, wo die Abschlusskundgebung endete. Wie WELT ONLINE am 26. Oktober berichtete, verzichte der KONGRA-GEL, „Nachfolgeorganisation der in Deutschland seit langem verbotenen PKK“ bereits „seit Jahren in ganz Europa auf gewalttätige Aktionen“. Nach Aussagen von Staats- und Verfassungsschützern seien in Berlin bislang Gruppen wie die „berüchtigten Grauen Wölfe eher selten in Erscheinung getreten“. Ihre Hochburgen lägen im Westen und Südwesten Deutschlands. Dennoch werde

genau registriert, „ob von dort Akteure nach Berlin reisen“. Erst vor wenigen Tagen hätten „mehrere Hundert nationalistische türkische Jugendliche in Brüssel bei einer Kundgebung gegen die PKK randaliert“. Etwa 60 000 Kurden leben in Berlin; 1000 schätze der Verfassungsschutz als „linksextremistisch“ ein. Giyasettin Sayan, Abgeordneter der Linksfraktion, forderte, dass sich die Konfliktparteien für Besonnenheit einsetzen sollen. „Deeskalation und politischer Dialog“ seien das Gebot der Stunde.

Evrin Baba: Es geht um Frieden, Demokratie und Menschenrechte

„Den Beschluss des türkischen Parlaments, dass das Militär in den Nordirak einmarschieren darf, wird regelrecht als Kriegserklärung an die kurdische

Bevölkerung interpretiert. Klar ist aber auch, dass die Angriffe der PKK in der Türkei von den Berliner Kurden nicht als gut empfunden werden. Aber die Stimmung ist, dass es – solange die Türkei die Kurdenfrage nicht löst – Radikale unter den Kurden geben wird, die Mittel einsetzen, die wir Demokraten verurteilen.“ Dies äußerte Evrim Baba, Kurdin und Abgeordnete der Linken im Berliner Abgeordnetenhaus. Auf die Frage von WELT ONLINE, ob von den Berliner Demonstranten eine Gefahr ausgehe, sagte Baba u.a., dass sie nicht für alle Kurden sprechen könne. „Es gibt viele unterschiedliche Ansichten. Von den Organisatoren ist aber angesagt, dass es eine friedliche Demonstration werden müsse. Es gehe um „Frieden, Demokratie und Menschenrechte“, für die man eintreten wolle. Der Innensenator sehe aber – laut WELT – eine „Gefahr in der Jugendbewegung der PKK, die als radikaler gilt als die älteren Führungskräfte“. Sie sehe das „differenzierter“, so Evrim Baba. Wie „in anderen Vereinen“, gebe es auch bei den Kurden „Menschen, die radikaler auftreten.“ Doch wollten sie „friedlich demonstrieren und friedlich mit den Türken zusammen in Berlin leben.“

Am 3. November Antikriegs-Demo in Hamburg

Konflikte sind militärisch nicht zu lösen

Unter dem Motto „Êdî Bese ! – Es reicht“ ruft der *Volksrat Hamburg* zu einer Demonstration auf. In einem Flugblatt wird davor gewarnt, dass „die Gefahr innerhalb der Türkei in der massiv vorangetriebenen Spaltung der Gesellschaft“ liege. Die „Hetze in den Medien und der chauvinistische Mob auf den Straßen“ rissen „Wunden auf“, welche nur „schwer heilen“ könnten. „Separatismus“ werde

dann vorangetrieben, „wenn kurdische Einrichtungen vor den Augen der Sicherheitskräfte angegriffen oder Kurden auf offener Straßen gelyncht“ würden. Mehr noch als um die PKK, gehe es dem „türkischen Staat um die Sorge, im Nordirak könne ein unabhängiger kurdischer Staat entstehen“.

Die PKK jedenfalls halte „auch angesichts des türkischen Kriegsgetrömmels an einer politischen Lösung fest“.

Mesut Barzani: Türkei soll Friedensplan vorlegen Auslieferung von PKK-Führungskadern völlig inakzeptabel

Die Forderung der türkischen Regierung, PKK-Führungskader an die Türkei auszuliefern, lehnte Mesut Barzani, Präsident der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak, erneut ab. Sollte die türkische Armee tatsächlich Südkurdistan angreifen, werde man entschlossenen Widerstand leisten. Außerdem werde er die PKK – wie von Ankara gefordert – nicht als „terroristische Vereinigung“ bezeichnen, solange die Türkei nicht bereit sei, einen Plan zur friedlichen Lösung des Kurdenproblems zu entwickeln. Erst wenn die PKK eine solche Initiative ablehne, könne man sie als „terroristisch“ bezeichnen. Bis dahin schließe er eine Auslieferung von PKK-Funktionären als völlig inakzeptabel aus.

Ministerpräsident Tayyip Erdogan hatte zuvor die EU-Länder kritisiert, weil diese bislang nicht bereit gewesen seien, im Rahmen des Anti-Terror-Kampfes kurdische Aktivistinnen und Aktivisten an die Türkei auszuliefern, um zur „Neutralisierung der PKK“ beizutragen.

(Azadî, 29.10.2007)



Mutmaßlicher PKK-Funktionär Muharrem A. nach § 129a StGB angeklagt

Prozesseröffnung in Berlin am 31. Oktober 2007

Vor dem Staatsschutzsenat des Berliner Kammergerichts wird am 31. Oktober der Prozess gegen den mutmaßlichen PKK-Führungsfunktionär Muharrem A. eröffnet. Der Generalbundesanwalt (GBA) wirft dem Angeklagten vor, in der Zeit von Februar 1994 bis April 1995 für die „PKK-Region“ Bayern verantwortlich gewesen zu sein und mehrere Brandanschläge in Südwestdeutschland angeordnet zu haben. Der staatenlose Kurde sei seit 1999 per Haftbefehl gesucht worden und habe sich im März den Ermittlungsbehörden gestellt. Seitdem befindet er sich in Untersuchungshaft. Die Anklage legt Muharrem A. zur Last, 1994 in Baden-Württemberg Brandanschläge verübt zu haben. Anlass sei ein verbotener Solidaritätsmarsch der PKK von Mannheim nach Straßburg gewesen. Damals seien Molotowcocktails auf Polizeidienststellen in Offenburg, Ludwigsburg und Stuttgart sowie die Geschäftsräume einer Bank in Kehl am Rhein geworfen worden.

Berliner Innensenator sieht keine verschärfte Sicherheitslage

Körting: Kongra-Gel stellt Friedenskurs nicht in Frage

Innensenator Ehrhart Körting (SPD) erklärte gegenüber der Berliner Morgenpost zu den „aktuellen Auseinandersetzungen zwischen Türken und Kurden an der Grenze zum Nordirak“ u.a.: „Wir haben durch den Beschluss des türkischen Parlaments, der türkischen Regierung die Befugnis zu erteilen, auch militärische Aktionen im Nordirak durchzuführen, sicherlich eine Situation, die zu einer stärkeren Emotionalisierung der Kurden in Berlin führen kann.“ Seit der Besetzung des israelischen Generalkonsulats vor acht Jahren aus Anlass der Inhaftierung des „PKK-Führers Öca-

lan“, bei dem vier Kurden von israelischen Sicherheitskräften erschossen wurden, gebe es eine „offiziell andere Ausrichtung der Kurden in Berlin, nämlich einen Friedenskurs zu betreiben“. Erkenntnisse über „Aktionen oder Anschläge in Berlin oder in Deutschland“ lägen nicht vor. Er gehe davon aus, dass es in Berlin „eher zu Demonstrationen“ komme.

Laut *Morgenpost* soll es „etwa 1000 Anhänger der kurdischen Extremisten in Berlin“ geben. Auf die Frage, wie diese „aktuell einzuschätzen“ seien, sagte Körting: „Die große Mehrheit verhält sich seit Jahren weitestgehend legalistisch.“ Es habe aber „in den vergangenen Jahren vereinzelte Aktivitäten gegen türkische Restaurants gegeben“, deren Besitzern man vorgeworfen habe, „nationalistisch“ zu sein. Dabei habe es sich um Brandstiftungen gehandelt. „Das sind aber Einzelaktivitäten, die im Zweifel nicht von der Nachfolgeorganisation der PKK, dem Kongra-Gel, sondern von der Jugendorganisation der PKK, der Komalen Ciwan, gesteuert sind.“ Man könne nicht ausschließen, dass die aktuelle Situation im Nordirak „bei ihnen zu einer Emotionalisierung“ führe.

Auf die Frage, wie „gefährlich“ die Jugendorganisation sei, äußerte Körting, dass „die Führung des Kongra-Gel in Berlin den Friedenskurs nicht in Frage“ stelle, doch müsse man damit rechnen, „dass den jungen PKK-Anhängern die Haltung der Führung zu lasch“ sei. Zu großen gezielten Anschlägen würde es vermutlich aber nicht kommen.

Im Moment gebe es jedenfalls „keine Verschärfung der Sicherheitslage“. Die Frage, ob von „türkischen Nationalisten“ eine Gefahr ausgehe, beantwortete der Innensenator mit der Einschätzung, „dass es eher zu Demonstrationen“ komme, „als dass es andere Aktionen“ gebe.

(Azadi/Berliner Morgenpost, 23.10.2007)



Ab 1. November „ePass“ mit Foto und Fingerabdrücken

Ab 1. November wird der elektronische Pass ausgehändigt, von dessen Einführung sich Bundesinnenminister Schäuble einen großen Sicherheitsgewinn verspricht. Zusätzlich zu dem seit 2005 vorgeschriebenen digitalen Passbild werden zwei Fingerabdrücke auf einem Chip erfasst. Diese werden laut Gesetz anders als das Foto nach Ausgabe des Passes nicht bei den Meldeämtern gespeichert. Bisher sind von diesem „ePass“ 4,3 Millionen ausgegeben worden. Künftig werden die Daten der Passanträge nur noch elektronisch übermittelt. 6000 Gemeinden sind laut Bundesdruckerei bereits an das System angeschlossen. Jährlich werden durchschnittlich 2,5 Millionen Anträge für neue Pässe ausgestellt. Die neuen 10 Jahre gültigen Ausweise kosten 59 Euro. Für Personen unter 24 Jahren gelten sie nur sechs Jahre – Preis 37,50 Euro. Ein Kinderpass (6. bis 12. Lebensjahr) kostet 13,– Euro.

(Azadi/FR, 4.10.2007)

Europarat: Gegen rassistische Rasterfahndungen

In einer Empfehlung an seine 47 Mitgliedsländer hat der Europarat ein klares Verbot von Rasterfahndungen gefordert, die ausschließlich auf bestimmten rassistisch orientierten Merkmalen basieren. Polizeikontrollen, Überwachungen bestimmter Personen und Ermittlungen müssten mit einem „nach objektiven Kriterien begründeten Verdacht“ begründet werden.

(Azadi/ND, 5.10.2007)

Vor 30 Jahren:

Zur Vorgeschichte des „Deutschen Herbstes“

„(...) Insgesamt wurden in Westdeutschland und Westberlin von 1971 bis 1980 zwölf Menschen von der Polizei erschossen, die wegen des Verdachts verfolgt wurden, Mitglieder oder Unterstützer ‚terroristischer Vereinigungen‘ gewesen zu sein. Insgesamt werden in diesen Jahren 150 Menschen von Polizeikugeln tödlich getroffen. Eine Untersuchung von 59 Todesschüssen in den Jahren 1980 – 1984 und deren Behandlung durch die Justiz ergibt folgendes Bild: In 76 Prozent der Fälle wurde keine Anklage erhoben. Von den verbleibenden 24 Prozent, die gerichtlich überprüft wurden, endeten vier Fälle mit einem Freispruch, drei mit einer Geldstrafe und sieben mit einer Haftstrafe zur Bewährung – die längste ein Jahr. In keinem einzigen Fall musste ein Polizist den Dienst quittieren.“

(Azadi/jw, aus der Reihe „Stammheim, der Staat und die RAF“, 8.10.2007)

Erosion der Menschenrechte durch Antiterrorbekämpfung

Warnung vor „entgrenztem Präventivstaat“

„Die militärische Sicht in der Antiterrorbekämpfung stärkt die Tendenz, dass Rechtswege und Gerichte zurückgedrängt werden,“ fasst Gerald Staberock von der Internationalen Juristenkommission Genf auf einer Konferenz „Terrorismusbekämpfung und Menschenrechtsschutz“ in Berlin zusammen, die von Amnesty International, dem Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein und dem neu gegründeten Europäischen Zentrum für Verfassungs- und Menschenrechte durchgeführt wurde. „Wir erleben eine globale Erosion der Menschenrechte.“ Im Zentrum der Veranstaltung standen die Entführung von Terrorverdächtigen durch den US-Geheimdienst CIA und die weltweite Aufweichung des Folterverbots. Es werde ein „Klima des Generalverdachts“ gegen bestimmte religiöse und Ausländergruppen geschaffen. Dass Geheimdienste und Polizei zunehmend vernetzt werden und dabei systematisch Informationen verwenden, die unter Folter erpresst wurden, komme einem „Komplizentum“ gleich, so der Jurist. Der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) warnte vor „achselzuckender Gleichgültigkeit“ angesichts der Gefahr, „in einen entgrenzten Präventivstaat zu laufen“. Menschenrechtler müssten verstärkt zusammenarbeiten.

(Azadi/jw, 8.10.2007)

Britische Studie: Antiterror-Krieg ein Desaster

Neue Politik notwendig

Der so genannte Krieg gegen den Terrorismus ist nach Ansicht britischer Wissenschaftler zu einem „Desaster“ geworden. Der Westen müsse sein Vorgehen in Irak und Afghanistan grundlegend ändern und unbedingt von Angriffen auf den Iran absehen, heißt es in einer Studie der Oxford Research Group. „Der Westen muss einfach erkennen, welche gefährlichen Fehler in den letzten sechs Jahren gemacht wurden und die Notwendigkeit einer neuen Politik erkennen,“ äußerte Paul Rogers, Leiter der Studie. „Jeder einzelne Aspekt des Krieges gegen den Terrorismus war in Irak und Afghanistan kontraproduktiv, von den Opfern unter Zivilisten bis hin zu Massenverhaftungen ohne Gerichtsverfahren. Es war ein Desaster.“

(Azadi/ND, 9.10.2007)

Online-Durchsuchung vor Bundesverfassungsgericht

Vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat am 10. Oktober die mündliche Verhandlung über die umstrittene Online-Durchsuchung von Computern terrorverdächtiger Personen begonnen. Im Streit über die Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes in Nordrhein-Westfalen, hatten u. a. der frühere Bundesinnenminister Gerhart Baum und die ehemalige Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (beide FDP) Klage beim BVerfG eingereicht.

Die Richter kritisierten am eigentlichen Streit um das NRW-Verfassungsschutzgesetz u.a. den zweideutigen Wortlaut des Gesetzes. So sei nicht klar, wo die Grenzen der Ausspähung gezogen würden. Man werde grundsätzlich über die Zulässigkeit von Online-Durchsuchungen und den verfassungsrechtlichen Schutz der Privatsphäre zu entscheiden haben, machte Gerichtspräsident Hans-Jürgen Papier zu Beginn der Anhörung deutlich. „Diese Fragen werden möglicherweise weit über die hier konkret streitgegenständlichen Vorschriften hinaus Bedeutung erlangen.“

Ein Urteil der Verfassungsrichter wird erst für das kommende Jahr erwartet.

(Azadi/ND, 11.10.2007)

Big-Brother-Preis für Generalbundesanwältin Harms

Außer Konkurrenz auch Bundesinnenminister Schäuble „gehrt“

In der Kategorie „Behörden/Verwaltung“ wurde der diesjährige Big Brother Award an Generalbundesanwältin Monika Harms verliehen. In seiner Laudatio bei der Verleihung am 12. Oktober in Bielefeld begründete der Präsident der Internationalen Liga für Menschenrechte und Rechtsanwalt Dr. Rolf Gössner, die Wahl. Zum einen erhalte die Bundesanwältin den Preis für ihre Maßnahmen gegen Gegner des G-8-Gipfels im Mai. So habe sie beim Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofs beantragt, auf der Suche nach Bekennerschreibern militanter Gegner in Hamburg systematische Briefkontrollen durchführen zu lassen. Zum anderen habe sie angeordnet, von Gipfelgegnern, die der Militanz verdächtigt wurden, Körpergeruchsproben aufzunehmen und zu konservieren. Beide Maßnahmen seien „im Rahmen von Terrorismus-Ermittlungen und Razzien gegen Globalisierungskritiker durchgeführt worden, die sich damit bereits im Vorfeld des G-8-Gipfels unter Terrorverdacht gestellt sahen.“ Diese Ermittlungen hätten bisher zwar noch zu keinen Anklagen geführt, dafür aber „zu umfangreichen

Vorfeld-Ausforschungen per Datenerfassung und –verarbeitung, Ausforschungen, die der Erstellung von Sozioprogrammen des G-8-Protest- und Widerstandspotenzials dienen.“

Nicht-Preisträger wurde Bundesinnenminister Schäuble – „als zwanghafter Scharfmacher in Sachen Sicherheit & Terror“. Wie kaum ein anderer versteht er es, „mit seiner Panikmache und Drohpolitik die Bevölkerung in Angst und Schrecken zu versetzen.“ Damit erfülle er „einen klassischen Wesenszug des Terrors“, nämlich „mit dem Ziel, Bevölkerung und Parlamentarier so lange weich zu klopfen, bis sie seine umstrittenen Pläne geradezu herbeisehnen und absegnen.“ So Rolf Gössner.

(Azadi/aus den Redetexten v. 12.10.2007)

Herbst 2007: Überwachungsstaat droht

„Deutschland im Herbst 2007: Medien und Publizistik ergehen sich in düsteren Erinnerungen an den Deutschen Herbst des Jahres 1977. Dabei rechtfertigt die Gegenwart durchaus die Frage, ob nicht nach dem Ablauf der nächsten 30 Jahre Anlass bestehen wird, auch dem Herbst des Jahres 2007 ein ähnlich düsteres Gedenken zu widmen. (...)

Der Bundesinnenminister warnt vor Terroranschlägen mit nuklearverseuchtem Sprengstoff und rät uns, dennoch bei Laune zu bleiben. Da wird die Seelsorge zur Sicherheitspolitik gleich mitgeliefert. Ein Anschlag sei nur noch eine Frage des Wann. Im angeblich unabweisbaren Interesse der Ausweichlichkeit dessen, was er selbst als unausweichlich ankündigt, fordert er die dringliche Verabschiedung immer neuer Gesetze, die den Rechtsstaat näher an den Überwachungsstaat rücken. Augenscheinlich hat er immer noch nicht bemerkt, dass die Mehrheit der Bevölkerung längst keinen Innenminister mehr braucht, um zu wissen, dass ihr Land als Bestandteil des westlichen Lagers nicht von Amts wegen vor dem islamistischen Terror geschützt ist. (...)

(Azadi/FR, aus Kommentar von Rupert v. Plottnitz, 12.10.2007)

Hartz IV – Element eines autoritären Staates

Für den Psychoanalytiker Reinhold Bianchi stellen die Hartz IV-Gesetze eine Art „Verfolgungsbetreuung“ dar. Sie dienen der „Einschüchterung, Disziplinierung und Entmündigung der Betroffenen“, womit sie „ein wichtiges Element beim Aufbau eines autoritären Staates bilden, mit dem sich die Machteliten für ihre aggressiven Aktionen nach innen und außen fit zu machen und gegen Krisenreaktionen von unten absichern wollen.“

Die neoliberalen Eliten würden von der „sozialen Spaltung“ profitieren, die die „Gewinne exorbitant steigert und die sozial Schwächeren dafür bezahlen

lässt.“ Bianchi ist Mitautor des Buches „Solidarisch Mensch werden – psychische und soziale Destruktion im Neoliberalismus und Wege zu ihrer Überwindung“ (VSA-Verlag)

(Azadi/Bianchi in der jw, 16.10.2007)



Oberverwaltungsgericht lehnt Bleiberecht für Ahmed Siala ab

Der Kurde Ahmed Siala erhält kein Bleiberecht in Deutschland. Das entschied das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht. So kann der 28-Jährige auch seine in die Türkei abgeschobene Ehefrau Gazale Salame nicht nach Deutschland zurückholen.

Das Gericht begründete die Entscheidung damit, dass Siala Türke sei und kein staatenloser Kurde, wie er als Sechsjähriger bei seiner Flucht aus dem Libanon nach Deutschland vor 22 Jahren behauptet hatte. Auch ein Bleiberecht nach der im August in Kraft getretenen Altfall-Regelung hat das Gericht verneint. Wegen grundsätzlicher Bedeutung der Rechtssache ließ das Gericht aber die Revision beim Bundesverwaltungsgericht zu.

Im Februar 2005 war die schwangere Gazale Salame mit ihrer einjährigen Tochter in die Türkei abgeschoben worden. Die Familien von Salame und Siala gehören zu den Mahalmi, einer den Kurden verwandten Volksgruppen, die in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts in den Libanon auswanderte. Als dort nach 1980 der Bürgerkrieg immer heftiger tobte, flohen viele Mahalmi nach Deutschland, so auch die Kinder Gazale Salame und Ahmed Siala mit ihren Familien.

(Azadi/ND, 4.10.2007)

Kein Grundbesitz für Terrorverdächtige

Auf der EU-Terrorliste geführte Personen und Organisationen können nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs keine Grundstücke in der Gemeinschaft erwerben. Damit bestätigte das Gericht in Luxemburg die Entscheidung eines Berliner Grundbuchamtes, eine Eigentumsumschreibung abzulehnen. Ein Grundstück falle unter die Vorgabe, Vermögen der auf der Liste geführten Personen zu sperren, so der EuGH. Aktenzeichen: C-117/06

(Azadi/FR, 12.10.2007)

BGH erklärt Haftbefehl gegen Andrej H. für aufgehoben

Keine Indizien für § 129a-Verdacht

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) hat entschieden, dass der Haftbefehl gegen den Soziologen Andrej H. aufgehoben werden muss. Nach Ansicht der Richter sei ein Haftbefehl nur dann gerechtfertigt, wenn der Verdächtige sehr wahrscheinlich wegen der Mitgliedschaft in einer Gruppierung verurteilt werde. Die Indizien hatten in diesem Fall jedoch nicht ausgereicht.

Der Berliner war am 1. August 2007 festgenommen worden und hatte sich drei Wochen lang unter verschärften Bedingungen in U-Haft befunden. Er soll strategischer Kopf der *militanten gruppe* (mg) gewesen sein, die sich seit 2001 zu mehreren Brandanschlägen bekannt hat. Am 22. August war der Haftbefehl gegen Andrej H. außer Vollzug gesetzt worden, wogegen die Generalbundesanwaltschaft (GBA) Beschwerde eingelegt hatte.

Für die drei noch Inhaftierten, denen ein Brandanschlag auf ein Fahrzeug der Bundeswehr vorgeworfen wird, besteht nach Ansicht von Rechtsanwalt Ulrich von Klinggräff ebenfalls Hoffnung auf eine Wende in den Verfahren.

Mit einer Grundsatzentscheidung zum Thema *militante gruppe* und § 129a StGB rechnen die Anwälte in Kürze. Sollte der BGH auch hier zu dem Ergebnis gelangen, dass ein Tatverdacht nach § 129a nicht ausreichend bewiesen ist, müssten die drei Inhaftierten umgehend aus der U-Haft entlassen werden.

(Azadi/ND/jw, 25.10.2007)

Mustafa Atalay muss freigelassen werden

Rechtsanwalt fürchtet um sein Leben

Der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen Schneider fürchtet um das Leben seines Mandanten Mustafa Atalay, der sich derzeit im Gefängnis Krankenhaus Lingen befindet. Atalay klagte in einem Brief über zunehmende Herzbeschwerden und hohen Blutdruck. Er war wegen angeblicher Mitgliedschaft in der türkischen Organisation DHKP-C im November 2006 kurz nach einer schweren Herzoperation verhaftet worden. Eine Reihe von Gefangenenhilfsorganisationen fordern Atalays Freilassung aus gesundheitlichen Gründen.

Näheres: <http://www.political-prisoners.net>

(Azadi/ND, 5.10.2007)

Deutsche Behörden „belehren“

Beim Aufsuchen der Ausländerbehörden wird (nicht nur) Kurdinnen und Kurden in Baden-Württemberg eine „Belehrung“ vorgelegt, die vor Ausstellung einer Aufenthaltsverlängerung unterschrieben werden muss. Sie lautet:

„Ich wurde heute von der Ausländerbehörde XY eingehend darüber belehrt, dass eine vorsätzlich oder fahrlässig falsche Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung mit Strafe bedroht ist und diese Strafe in einer Geld- oder Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestehen kann (156 Strafgesetzbuch).

Weiterhin wurde ich von der Ausländerbehörde XY darüber belehrt, dass ein Ausländer gem. § 54 Nr. 6 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) in der Regel ausgewiesen wird, wenn er in einer Befragung, die der Klärung von Bedenken gegen die Einreise oder den weiteren Aufenthalt dient, der deutschen Auslandsvertretung oder der Ausländerbehörde gegenüber frühere Aufenthalte in Deutschland oder anderen Staaten verheimlicht oder in wesentlichen Punkten falsche oder unvollständige Angaben über Verbindungen zu Personen oder Organisationen macht, die der Unterstützung*) des internationalen Terrorismus verdächtig sind.

*) *Unterstützung: Als Unterstützen ist – in Anlehnung an die von der Rechtsprechung des BGH zum strafrechtlichen Unterstützungsbegriff nach §§ 129a StGB entwickelten Kriterien – jede Tätigkeit anzusehen, die objektiv geeignet ist, sich in irgendeiner Weise positiv auf die missbilligten Aktionsmöglichkeiten der Vereinigung, die den internationalen Terrorismus unterstützt, auszuwirken.“*

Leichter Anstieg der Asylbewerberzahl

Die Zahl der Asylbewerber ist im September im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht angestiegen. 1.771 Menschen beantragten erstmals Asyl. Gegenüber September 2006 erhöhte sich die Zahl der Asylbewerber um 140 Personen (8,6 %). Gegenüber August sank die Zahl hingegen leicht um 7,7 Prozent.

(Azadi/taz, 6.10.2007)

Miserables Schulsystem für Migrantenkinder

Nach einer OECD-Untersuchung in 17 Industrienationen versagt kein Schulsystem so sehr wie das deutsche bei der Förderung von Einwandererkindern. In keinem anderen Land sind danach 15-jährige Migrantenkinder der zweiten Generation so gravierend schlechter in der Schule wie Ausländerkinder der ersten Generation, die zusammen mit ihren Eltern eingewandert sind. Bei einem Kongress zu Integration und Bildung in Berlin, kritisierte Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die Abhängigkeit von sozialer Herkunft und Bildungserfolg in Deutschland zu hoch sei. Das Bildungsengagement für Migrantenkinder müsse künftig gebündelt und besser abgestimmt werden: „Wir können auf kein einziges Talent verzichten.“ Staatssekretär Gerd Hoofe aus dem Familienministerium sagte, dass sich Migranten integrieren wollten, „aber dabei ihre Wurzeln nicht vergessen.“

(Azadi/FR, 17.10.2007)



Wieder Abschiebungen in den Irak

Auf Weisung der Münchner Ausländerbehörde soll ein straffällig gewordener Iraker von Frankfurt/M. aus direkt nach Erbil in den kurdischen Nordirak abgeschoben werden. Nachdem u.a. die Initiative „Jugendliche ohne Grenzen“ die irakisch-kurdische Fluggesellschaft Zagros Air mit Protestanrufen aus ganz Europa erfolgreich unter Druck gesetzt hatte, waren die Abschiebungen von Irakern ab dem 10. September ausgesetzt worden. Nach jw-Informationen

hat das Management der Fluggesellschaft in Erbil die Wiederaufnahme des lukrativen Abschiebebestands angeordnet. In Deutschland gilt noch ein Abschiebestopp für irakische Flüchtlinge, wovon allerdings jene ausgenommen sind, die zu einer Strafe von mindestens 50 Tagessätzen verurteilt wurden. Amnesty International beklagt Menschenrechtsverletzungen auch unter der kurdischen Regierung. Außerdem gebe es kaum Arbeit und ein Sozialsystem existiere nicht.

(Azadi/jw, 19.10.2007)



Akin Birdal: Kein Hinweis auf PKK

Armee und paramilitärische Kräfte der Tat verdächtig

Nach Angaben des ehemaligen Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD und heutigen DTP-Abgeordneten, Akin Birdal, gibt es keine Hinweise auf eine Täterschaft der PKK beim Massaker in Besagac (Hemka) im Kreis Beytüssebap, bei dem Ende September zwölf Menschen in einem Kleinbus erschossen worden waren. Die Menschenrechtskommission des türkischen Parlaments, der Birdal angehört, hatte am Ort des Geschehens recherchiert, mit Angehörigen der Opfer, Augenzeugen und Politikern gesprochen. In dem betroffenen Dorf herrsche große Angst. „Ich habe dort eine Rückkehr in die Zustände von 1992/93 gesehen. Unsere Recherche mussten wir im Schatten der Waffen von Dorfschützern des Jiriki-Stammes machen. Aus diesem Grund konnten die Dorfbewohner auch keine freien Aussagen machen.“ Es lägen keine konkreten Belege für eine Täterschaft der PKK vor. Besonders auffällig sei, dass unmittelbar nach dem Vorfall ein Militärhubschrauber den Ort des Massakers angeflogen und nach kurzem Aufenthalt wieder verlassen habe. Auch der Vorsitzende der Menschenrechtskommission, Zafer Üskül (AKP), erklärte nach der Untersuchung im Dorf, es sei nicht bekannt, wer das Massaker begangen habe.

Die KCK machten unterdessen in einer Erklärung die AKP-Regierung verantwortlich, die die militärischen Kräfte zu jeder Form von Massaker ermutige. Alle Hinweise deuteten auf eine Täterschaft staatlicher paramilitärischer Kräfte hin. Dem Staat gehe es u.a. darum, über das Dorfschützersystem Kurden gegen Kurden aufzuhetzen. Niemals könne die Bevölkerung von Beytüssebap ein Angriffsziel der PKK darstellen. Es sei nicht Teil des

politischen Verständnisses der Befreiungsbewegung, Menschen nur für ihre Tätigkeit als Dorfschützer anzugreifen.

Das Hauptquartier der Volksverteidigungskräfte, HPG, machten in einer schriftlichen Erklärung öffentlich, dass die Guerilla mit dem Massaker nichts zu tun hat. Seit der Ausrufung des einseitigen Waffenstillstands am 1. Oktober 2006 habe die Armee 483 Militäroperationen durchgeführt, wobei auch chemische Waffen und Streubomben eingesetzt sowie systematisch Wälder niedergebrannt worden sind. „Wurden Mitte der neunziger Jahre verstärkt Kontras in Form der Hizbullah eingesetzt, so sind es heute mehr Organisationen wie JITEM und TIT“, heißt es in der Erklärung weiter. Es gehe darum, dem Ansehen der PKK Schaden zuzufügen und die Guerilla zu isolieren.

(Azadi/ANF/ISKU, 1., 5.10.2007)

Arat Dink zu Gefängnisstrafe verurteilt

Arat Dink, Sohn des ermordeten armenischen Bürgerrechtlers Hrant Dink, wurde wegen „Herabwürdigung des Türkentums“ von einem Gericht in der Türkei zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er ein Interview seines Vaters nachdruckte. In diesem hatte er die Armenierverfolgung als Völkermord bezeichnet.

(Azadi/FR, 12.10.2007)

Prozesslawine gegen Bürgermeister von Diyarbakir

Gegen den Oberbürgermeister von Diyarbakir, Osman Baydemir, sind drei weitere Strafverfahren eingeleitet worden. Die Staatsanwaltschaft fordert

eine mehrjährige Haftstrafe wegen „Volksverhetzung“. Baydemir hatte im September als Reaktion auf Verlautbarungen von Ministerpräsident Erdogan, bei den kommenden Kommunalwahlen wolle man Diyarbakir „erobern“, gegenüber Journalisten u.a. geäußert: „Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie wollen diese Festung einnehmen. Das wollten schon viele vor ihnen. Aber diese Stadt wird nicht fallen.“

In einem weiteren Prozess geht es um das „Preis einer Straftat“. Angeprangert wird hier die Wahl „kurdische bewaffnete Opposition“, die Baydemir in einem Redebeitrag bei Roj TV für die PKK gewählt hatte. Hierfür fordert die Staatsanwaltschaft 7,5 Jahre Haft.

Im dritten Verfahren wird Baydemir „PKK-Propaganda“ vorgeworfen wegen einer Rede in London. Fünf Jahre soll er nach Meinung der Staatsanwaltschaft für seine Meinung einsitzen.

(Azadi/Gündem/ISKU, 16.10.2007)

Anschläge gegen DTP-Parteibüros

Während Politiker aller Fraktionen weiter geeint gegen die DTP hetzen, hat erneut ein Anschlag auf ein DTP-Gebäude bei Van stattgefunden. Durch Molotowcocktails wurden die Fenster sowie ein Teil der Inneneinrichtung zerstört. Bereits in den vergangenen Wochen war es zu Angriffen gegen DTP-Einrichtungen in Ankara, Istanbul, Manisa, Edremit und Burhaniye gekommen.

(Azadi/ANF/ISKU, 17.10.2007)

Türkisches Parlament verabschiedet Kriegserlass

Mit einer Mehrheit von 507 von 550 Stimmen haben die Abgeordneten des türkischen Parlaments der Regierung für die Dauer eines Jahres eine Blankovollmacht erteilt, jederzeit ohne weitere Konsultationen des Parlaments der Armee den Marschbefehl für Operationen im Nordirak geben zu können. 19 Parlamentarier der DTP stimmten für jeden sichtbar dagegen.

US-Präsident Bush warnte, eine solche Operation sei nicht im Interesse der Türkei. Diese Meinung vertrat auch die irakische Regierung. Der Präsident des Parlaments in Südkurdistan, Adnan Müfti erklärte in einer Sondersitzung, die Türkei nutze die PKK lediglich als Vorwand. Das eigentliche Ziel sei die Region Kurdistan. „Wenn die Türkei uns angreift, sind wir nicht die einzigen, die davon Schaden erleiden. Es gibt Hunderte türkischer Firmen hier. Ein Angriff würde auch Probleme mit der EU hervorrufen. Deshalb sind Dialog und Frieden der beste Weg.“

Der irakische Ministerpräsident Maliki erklärte, man sei entschlossen, der Existenz der PKK im Irak ein Ende zu bereiten. Entsprechende Anweisungen habe man der kurdischen Regionalregierung erteilt.

(Azadi/ANF/ISKU, 17.10.2007)

Die berühmt-berüchtigte „Liste der 150 Personen“:

Türkei fordert auch Verhaftung des Barzani-Sohnes

Mesut Barzani, Präsident der Regionalregierung Kurdistans, hat in einer schriftlichen Erklärung seine Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, gegen alle Angriffe anzukämpfen. Diese Erklärung erfolgte nach der Übergabe einer Liste von 150 Personen durch die Türkei an den irakischen Vizepräsident Haschimi bei dessen jüngstem Besuch in Ankara. Es handelt sich um Personen, die die Türkei verhaften lassen will. Neben HPG-Kommandanten steht auch der Sohn des Präsidenten, Mensur Barzani, sowie der Abgeordnete im irakischen Parlament, Mahmud Osman, auf dieser Liste.

(Azadi/ANF/ISKU, 19.10.2007)

30 000 Freiwillige zur Verteidigung Kurdistans

Im südkurdischen Süleymania/Nordirak wurde von der „Jugendinitiative zur Verteidigung der Grenzen Kurdistans“ eine Kampagne für den freiwilligen Militärdienst gestartet. Wie die Initiative, die gegen Angriffe der türkischen Armee gegründet worden ist, bekannt gab, haben sich bisher knapp 30 000 Freiwillige gemeldet und sich registrieren lassen. Neben Süleymania wurden in weiteren Städten Informationszentren eröffnet. „Als Jugendliche in Kurdistan werden wir gemeinsam mit allen Geschwistern Kurdistan gegen den türkischen Staat verteidigen.“

(Azadi/Gündem/ISKU, 21.10.2007)

Militäroperationen haben begonnen

Proteste in Südkurdistan weiten sich aus

Nachdem das türkische Parlament vor wenigen Tagen der Armee die Genehmigung zu grenzüberschreitenden Operationen an der irakischen und iranischen Grenze erteilt hat, wurden weitere Truppen dorthin verlegt. Bei einem Gefecht in der Nähe der Ortschaft Oremar im Kreis Yüksekova sind 16 Soldaten ums Leben gekommen und 19 verletzt worden; acht Soldaten gerieten in HPG-Gefangenschaft, deren Namen veröffentlicht wurden. Eine Brücke,

einzigste Verbindung zu den Dörfern im Kampfgebiet, sei gesprengt und Telefonverbindungen unterbrochen worden. Oremar und andere Orte stünden unter Artilleriebeschuss.

Die Proteste in Südkurdistan gegen die Türkei weiten sich indessen aus. In Redebeiträgen forderten Landräte und Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen eine Lösung der Probleme mit friedlichen Mitteln.

(Azadi/Gündem, 21.10.2007)

Angriffe und Provokationen gegen Kurden

Zwei Reisebusse sind von einer Gruppe türkischer Nationalisten auf dem Weg nach Mardin mit Steinen angegriffen worden, wobei die Fensterscheiben fast vollständig zerstört wurden. Die anwesende Jandarma griff nicht ein. Es habe bereits mehrere solcher Angriffe auf Busse gegeben, die die kurdische Region anfahren, erklärte der Sprecher der Busfirma.

In Bursa sind drei Kurden in einem Kaffeehaus durch Schüsse leicht verletzt, ein Wochenmarkt mit vorwiegend kurdischen Händlern gestürmt und verwüstet worden.

Die Fensterscheiben des DTP-Gebäudes in Antep wurden durch Steinwürfe zerstört und an die Tür „MHP“ geschrieben.

In der Umgebung der DTP-Zentrale in Ankara wurden die ganze Nacht hindurch von Autokonvois aus faschistische Parolen gerufen, direkte Angriffe durch Polizeianwesenheit verhindert.

In das DTP-Gebäude in Istanbul-Fatih drangen etwa 100 Personen ein, setzten die Inneneinrichtung in Brand und warfen Scheiben ein. Auch in anderen Stadtteilen kam es zu Angriffen auf DTP-Büros. Im Stadtzentrum startete eine Gruppe einen Lynchversuch gegen einen Kurden, der sich in ein Polizeiauto retten konnte.

In Malatya marschierten etwa 300 Faschisten Parolen rufend durch das Stadtzentrum; drei Kurden wurden bei einem Lynchversuch verletzt.

In Elazig und Erzurum wurden DTP-Büros mit Steinen angegriffen.

(Azadi/ANF/ISKU, 22.10.2007)

ZUR SACHE: TÜRKEI

Ich möchte Fördermitglied des Vereins AZADI e.V. werden.

Einzugsermächtigung:

Name: _____

Bank: _____

Straße: _____

BLZ: _____

PLZ/Ort: _____

Konto: _____

Ort/Datum: _____

Mein Beitrag beträgt € im Monat

Unterschrift: _____

Mindestbeiträge: Einzelpersonen € 5,— Arbeitslose, Student/inn/en,
Schüler/innen € 3,— Organisationen (bundesweit) € 15,—

Bitte ausschneiden und einsenden an: AZADI e.V., Graf-Adolf-Str. 70A, 40210 Düsseldorf

Chiapas: Staatliche Angriffe gegen EZLN-Unterstützer

Lokale Eliten und Konzerne wollen Zugriff auf Ressourcen

Das „Zentrum für politische Analyse und soziale und wirtschaftliche Forschungen“ (Capise) hat kürzlich in einem Bericht auf eine „heftige Offensive“ hingewiesen. Dauernd erlitten Gemeinden, die mit der „Zapatistischen Armee zur Nationalen Befreiung“ (EZLN) sympathisierten, „brutale Angriffe der mexikanischen Regierung“. Hinter der Offensive wird vermutet, Ländereien der zapatistischen Gemeinden zurückzuerobern. Die de facto bestehende Autonomie solle so zurückgedrängt werden. Am 11. September wurden mehrere Unterstützer der EZLN von ungefähr 50 politischen Gegnern mit Macheten und Schusswaffen attackiert. Es war der zweite bewaffnete Angriff auf eine zapatistische Gemeinde binnen weniger Wochen. Die Angreifer, Mitglieder der „Organisation zur Verteidigung der indigenen und bäuerlichen Rechte“ gelten als eine regierungsnahe und paramilitärische Gruppierung. Auffällig ist, dass zugleich Elitetruppen der Armee in dem Gebiet stationiert werden.

In den vergangenen Jahren hat EZLN über 100000 Hektar Land besetzt und an Tausende Familien verteilt. Seit Februar 1994 kämpft sie mit zivilen Mitteln um eine Verbesserung der sozialen Situation. 2003 wurden 30 Landkreise für autonom erklärt.

Die EZLN-Führung hat als Reaktion auf die Angriffe eine geplante Rundreise durch Mexiko abgesagt, um die Gemeinden mit friedlichen Mitteln zu verteidigen.

(Azadi/jw, 5.10.2007)

Batasuna-Führung verhaftet

Der spanische Richter Baltasar Garzón hat Anfang Oktober 23 Führungsmitglieder der verbotenen Baskenpartei Batasuna („Einheit“) festnehmen lassen. Nach einem mehrstündigen Verhör erließ er gegen 17 von ihnen Haftbefehl und legt ihnen Mitgliedschaft in einer „terroristischen Vereinigung“ zur Last sowie gegen das Parteiverbot verstoßen zu haben. Batasuna teile das Ziel der ETA, mit Gewalt ein unabhängiges Baskenland zu erreichen. Sie habe sich neu organisieren und gemeinsam mit ETA eine Strategie gegen Spanien vorbereiten wollen.

„Die Konfrontation hat ein Niveau erreicht, das sich niemand wünschen kann und dessen mögliche Folgen mir Angst machen“, erklärte das einzige nicht festgenommene Batasuna-Vorstandsmitglied Fernando Barrena zu den Verhaftungen.

Der baskische Regionalpräsident, Juan José Ibarretxe, äußerte sich kritisch zu den Verhaftungen: Großbritannien wäre es nie eingefallen, die Führungsriege von Sinn Féin ins Gefängnis zu stecken.

(Azadi/ND/FR/jw, 6.,9.10.2007)

Nichts legitimiert staatlichen Terrorismus

„Wenn bei uns die Ermittlungsbehörden immer stärker autonom entscheiden können, wenn der Innenminister einfach so fordern kann, dass die Todesstrafe bei Terrorverdacht und dann noch von Ermittlungsbehörden angewandt werden darf, dann verweist das schon auf eine extreme *Enthegung von Gewalt*. Das Baskenland hat so etwas in den letzten dreißig Jahren schon erlebt. Erschreckend ist, dass es dort gekoppelt war an den Demokratisierungsprozess, der Spanien in die Europäische Union führte. Es ist permanent und straflos gefoltert worden. (...) Nichts legitimiert, dass der Staat zu terroristischen Mitteln greift.“

Raul Zeliks jüngster Roman: „Der bewaffnete Freund“ (über den baskischen Konflikt)

(Azadi/aus einem Gespräch der jw mit Raul Zelik, 13.10.2007)



Anja Flach: „Frauen in der kurdischen Guerilla – Motivation, Identität und Geschlechterkampf in der Frauenarmee der PKK“, Papyrossa-Verlag, Reihe Hochschulschriften. Zu beziehen über den Buchhandel oder bei der ISKU e.V., Schanzenstr. 117, 20357 Hamburg, E-Mail: isku@nadir.org; Tel. 040-42 10 28 45 (16,- Euro + 1,20 Euro Porto-kosten).

„In Europa wird die PKK sehr kontrovers diskutiert. Wenig Beachtung fand bisher die Frauenarmee, die Mitte der 1990er Jahre gegründet wurde. Tausende Frauen schlossen sich in Folge der Volksaufstände der Guerilla an. Zunehmend setzte sich die kurdische Bewegung mit der Geschlechterfrage auseinander. Die Frauen gründeten eine eigene Armee und Partei. Aus der Sicht der feministischen Ethnologin untersucht Anja Flach vor allem die Motivation und Identität der Kämpferinnen sowie die Geschlechterrollen und Gender-Beziehungen innerhalb der kurdischen Guerilla.“ (aus der Ankündigung)

Peter Schaar, Bundesbeauftragter für den Datenschutz: „Das Ende der Privatsphäre – Der Weg in die Überwachungsgesellschaft“, C. Bertelsmann-Verlag, 250 Seiten.

„Während staatliche Stellen - von der Polizei bis zur Finanzverwaltung – immer mehr über uns wissen wollen, bleiben die Bürger ohne angemessenen Schutz gegen Ausspionieren, Missbrauch, Manipulation und Verfälschung ihrer Daten.“

Kurt Graulich/Dieter Simon: „Terrorismus und Rechtsstaatlichkeit“, Akademie-Verlag Berlin, 429 S., 49,80 Euro

„Das irrsinnige Wechselspiel von Terror, Antiterror und Anti-Antiterror hat neben einer zwischenstaatlichen auch eine innerstaatliche Dimension. Um genau diese geht es im vorliegenden Band“ – aus einer Rezension im ND v. 10.-14.10.2007



AZADI unterstützt Kurdinnen und Kurden im Gefängnis, vor Gericht und bei Ermittlungsverfahren. Wofür wir Ihre/Eure Spenden u.a. verwenden, soll nachfolgend eine Auswahl von Fällen aus September und Oktober 2007 zeigen:

Im September und Oktober 2007 hat Azadî Kurdinnen und Kurden in einer Gesamthöhe von 2087,39 Euro unterstützt. In den Unterstützungsfällen handelte es sich Bücherlieferungen an Gefangene, Verteidigerbesuche, anwaltliche Recherchen in einer Fahndungssache, anwaltl. „Erstversorgung“ eines Gefangenen, Übernahme restlicher Anwaltsgebühren aufgrund der Zahlungsunfähigkeit von Mandanten.